

## Resolution der SP Aargau für eine zukunftsfähige Aargauer Energiepolitik

verabschiedet anlässlich des ordentlichen Parteitags der SP Aargau vom 13. Mai 2006 in Wettingen

Die SP Aargau unterstützt die Regierung des Energiekantons Aargau in all ihren Bestrebungen, national wie kantonal eine führende Rolle zugunsten einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Energiepolitik zu übernehmen.

Die SP Aargau leitet die Zielsetzung der Regierung, den Stellenwert der Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energie im Kanton Aargau zu stärken, namentlich mit dem Zweck, die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren. Die dafür in der Aufgaben- und Finanzplanung für die Jahre 2006 bis 2009 eingestellten finanziellen Mittel sind aber ungenügend.

Für die SP Aargau ist die 2000-Watt-Gesellschaft keine Vision, sondern ein klar anzustrebendes Ziel, das ohne Einbußen hinsichtlich Lebensqualität erreicht werden kann. Dies ist die ökologische Obergrenze, welche der Planet Erde trägt. Mit dem Potenzial der rationellen Energienutzung ist die 2000-Watt-Gesellschaft nicht Utopie, sondern im Bereich der Realisierbarkeit.

Seit über einem Dutzend Jahren existiert im Aargau ein Energiegesetz<sup>1</sup>. Es schreibt als wichtige Zielsetzungen unter anderem fest, dass die Nutzung einheimischer und erneuerbarer Energiequellen und Energieträger zu fördern sowie die Energie rationell, sparsam und wertigkeitgerecht zu verwenden und insgesamt die Umweltbelastung zu vermindern seien. Der Ziele sind dies viele, die SP Aargau vermisst jedoch tatsächliche Fortschritte. Der Kanton Aargau kann es sich ebenso wenig wie der Rest der Welt erlauben, weitere zehn Jahre mit der konkreten Umsetzung einer zukunftsgerichteten, sozialen und ökologisch nachhaltigen Energiepolitik zuzuwarten. Die SP Aargau fordert daher dezidiert die intensive Förderung der Energieeffizienz, den vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien und die Beendigung des Experiments Atomenergie<sup>2</sup>.

Die Atomenergiepolitik – unter Berücksichtigung und entsprechender Gewichtung aller Fakten – ist kein zukunftsweisendes und damit auch kein verantwortungsvolles politisches Modell. Diese Energieform ist gesamtheitlich betrachtet teuer, unsicher und stellt künftige Generationen vor unlösbare Probleme. Die SP Aargau fordert daher, dass Alternativen endlich realisiert bzw. weiterentwickelt werden, um den Bedarf mit erneuerbaren Energien und ohne Atomenergie abzudecken. Die Potentiale der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien sind auch in der Schweiz überaus gross und ausreichend für eine Vollversorgung. Die meisten Techniken operieren zudem zu marktnahen Preisen und sind bei einer korrekten Vollkostenbetrachtung günstiger als Strom aus neuen Atomkraftwerken.

Die SP Aargau fordert überdies, dass der Kanton Aargau seine Verantwortung im Zusammenhang mit dieser Technologieentscheidung nicht einfach auf die Bundesebene abschiebt und zuwartet, sondern sich bereits heute aktiv für den vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energieformen stark macht. Denn diese sind exportfähig, stärken die Versorgungssicherheit, vermindern die Importabhängigkeit und bringen dem Gewerbe neue Aufträge und Arbeitsplätze.

Mit rund 28% halten die AEW Energie AG und der Kanton Aargau zusammen die zweitgrösste Beteiligung an der Axpo Holding AG. Die AEW Energie AG befindet sich zu 100% in Besitz des Kantons. Die entsprechenden Handlungsmöglichkeiten durch den Kanton sind gegeben. Dies SP Aargau wird ihrerseits alles daran setzen, eine Öffentlichkeit zu schaffen in dem Sinne, dass die AEW Energie AG wie auch die Axpo Holding AG nicht nur in ihrer Rolle als Unternehmen, sondern auch als politische Akteure wahrgenommen werden.

<sup>1</sup> Energiegesetz des Kantons Aargau (EnergieG) vom 9. März 1993, § 1 Bst. c. –

<sup>2</sup> Siehe dazu „Mein Sozialdemokraten für den Kanton Aargau“ Webplattform der SP Aargau für die Grosswahlen vom 27. Februar 2007<sup>3</sup>, veröffentlicht durch die Delegierten anlässlich des ausserordentlichen Parteitags der SP Aargau vom 21. Oktober 2004, S. 78.